

# DIE LINKE

Sozialistische Monatschrift für Dresden

September  
2017

09  
17

## EDITORIAL



von Jens Matthis

Der Bundestagswahlkampf tritt in seine letzte Phase. In drei Wochen werden wir Sonntagabend auf unserer Wahlparty im Haus der Begegnung zusammensitzen und über das Wahlergebnis diskutieren. Die Leserinnen und Leser dieser Zeitung sind dazu herzlich eingeladen.

Bis dahin gilt es, einen engagierten Wahlkampf für DIE LINKE zu führen. Uwe Schaarschmidt liefert hier viele gute Gründe dafür. Und Jacqueline Muth viele gute Vorschläge, wo man noch mit anpacken kann.

Wir brauchen jede noch so kleine Unterstützung, die dazu beiträgt, dass DIE LINKE in Dresden für allen Bürgerinnen und Bürger auf dem täglichen Weg zur Arbeit oder zum Einkaufen, auf dem Heimweg beim Blick in den Briefkasten und beim anschließenden Surfen im Internet als starke sozial engagierte Partei kenntlich wird.

Und natürlich auch als die Partei, für die der Einsatz für Gerechtigkeit nicht an den deutschen Grenzen endet. Davon kann man sich in dieser Zeitung gerade auf der Seite der Linksjugend [solid] überzeugen.

Wie mühevoll und kleinteilig der Einsatz für soziale Gerechtigkeit oft ist und das um jede einzelne Million für soziale Zwecke gerungen werden muss, ist auf den Seiten der Stadtratsfraktion zu lesen.

DIE LINKE wird nicht von allein stärker, sie muss sich selbst stärken. Natürlich zwischen den Wahlen, aber eben AUCH im unmittelbaren Wahlkampf.

Gestärkt haben uns seit der letzten Bundestagswahl fast 200 neue Mitglieder. Gemessen werden wir jedoch an den Wählerinnen und Wählern, die wir am 24. September oder zuvor in der Briefwahl für unsere Ziele mobilisieren können.

Auf Bundesebene ein zweistelliges Ergebnis und in Dresden mindestens zweitstärkste Partei. Unter dem sind wir nicht zufrieden.

jens.matthis@dielinke-dresden.de

## Wahlkampf 2017: Alles anders?

von Uwe Schaarschmidt

Unterscheidet sich der Wahlkampf 2017 eigentlich wesentlich von jenem 2013? Auf den ersten Blick scheint es so. Schließlich ist mit dem Beginn dessen, was medial gern als Flüchtlingskrise bezeichnet wird, eine enorme Verhärtung des politischen Diskurses einhergegangen. Hinzu kommt, dass die Bedeutung von digitalen sozialen Netzwerken und digitalen Medienangeboten in den letzten Jahren noch einmal enorm zugenommen hat. Aber im Prinzip betrifft das eher die Form. Die Machtverhältnisse und daraus resultierend die Zustände in der Gesellschaft haben sich keineswegs derart frappierend geändert. Deshalb kann DIE LINKE praktisch inhaltlich auf die gleichen Themen setzen, wie vor vier Jahren.

Die Angst vor dem sozialen Abstieg hat längst die Mittelschicht erfasst, am deutlichsten natürlich in deren unteren Einkommenschichten. Aus ihnen und aus Menschen, die schon ganz aufgegeben hatten, von der Politik noch irgendetwas zu erwarten, speist sich der Erfolg der AfD - vor allen Dingen natürlich im abgehängten ländlichen Raum Ostdeutschlands. Zwar hat die AfD beiden Gruppen politisch nichts, aber auch gar nichts zu bieten, aber das Bedienen von Ressentiments und das ekelhafte Ausspielen von Armen gegen Ärmste saugt die Wut der Menschen auf, wie Löschpapier.

Nun hätte freilich gerade DIE LINKE von der gesellschaftlichen Verunsicherung profitieren müssen. Man darf allerdings nicht vergessen, dass wir uns statt mit den Ärmsten politisch mit den Reichsten anlegen. Und die nehmen das sehr ernst. Und also hat man verbal feste auf DIE LINKE eingeschlagen, seit über zwei Jahrzehnten und man tut es immer noch. Das alles hat uns nicht umgebracht, aber natürlich seine Spuren hinterlassen und Wirkungen gezeigt. Eine davon ist der Aufstieg der AfD, die inzwischen zu einem Sammelbecken von wirklich grauenhaftem Personal geworden ist, von der Programmatik ganz zu schweigen. Das Erstarken der AfD ist letztendlich das Ergebnis des neoliberalen Politikverständnisses der etablierten Regierungsparteien, die sich völlig festgefahren haben - und zwar im nationalen, im eu-



Wahlkampf in Trier gemeinsam mit den GenossInnen aus Rheinland Pfalz: Europaabgeordnete Conny Ernst in Aktion, der Blickwechsel folgt auf Seite 12

ropäischen und im globalen Maßstab. Die Flüchtlingsproblematik war da lediglich ein willkommenes Katalysator für die rechten Heilsverkünder.

### Ohne Würde keine Demokratie

Insofern war es völlig richtig, im Wahlkampf auf soziale Themen zu setzen und sich nicht auf so plötzlich wie erwartbar aufgeblasene Skandale und Skandälchen zu konzentrieren oder gar Zugeständnisse an fremdenfeindliche Ressentiments zu machen.

Soziale Ausgrenzung und Armut beschämen und beschädigen den Menschen im Kern seines Wesens. Sie zerrütten ihn regelrecht. Hohn, Spott und Vorwürfe tun ein übriges. Sie treiben die Menschen weg von der Empfänglichkeit für einen demokratischen Diskurs. Demokratie funktioniert nicht ohne ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit und Würde. Wer einem Menschen das verweigert, trainiert damit einen politischen Amokläufer - völlig unabhängig von seiner Kultur oder Religion. Wer den inneren Frieden einer Gesellschaft nicht gewährleistet, braucht über innere Sicherheit nicht zu palavern.

Deshalb kämpfen wir weiter für eine solidarische Gesellschaft, in der von

oben nach unten umverteilt wird. Dass das reichste Prozent der Deutschen etwa 34 Prozent des Deutschen Gesamtvermögens besitzt, ist nicht hinnehmbar. Wir benötigen endlich ein gerechtes Steuersystem und eine solidarische Bürgerversicherung, für die alle Einkommen herangezogen werden, um diesem Irrsinn ein Ende zu bereiten.

Das gleiche gilt für die Rentenversicherung, hier müssen wir außerdem weg vom steuerbezugssussten Riestern und stattdessen wieder zur reinen, paritätischen Umlageversicherung kommen. Hartz IV gehört abgeschafft. Wir wollen eine sanktionsfreie Mindestsicherung von 1050,- Euro sowie eine Mindestrente von 1050,- Euro. Der Mindestlohn soll auf mindestens 12,- Euro angehoben werden. Und natürlich stehen wir nach wie vor für eine Friedenspolitik. Alle deutschen Soldaten sollen aus Kriegseinsätzen zurückgeholt werden und Waffenexporte sind zu verbieten, denn jede Waffe findet ihren Krieg.

Dafür gilt es sich noch einmal ins Zeug zu legen, in den kommenden drei Wochen, um wieder mit einer starken Fraktion in den Bundestag einzuziehen. Dieses Land braucht uns.

# Sommertour #2017

mit Katja Kipping

Lassen Sie sich von mir ins „Rote Wohnzimmer“ einladen, ganz in Ihrer Nähe. Vieles, was Sie über mich und meine Partei hören, hören Sie von anderen. Von Kollegen, Freunden, Journalisten. Was davon ist eher Meinung, was ist Fakt? Lassen Sie uns reden, um den Unterschied herauszufinden.



## Montag, 18. September

15.00 Uhr: Zschertnitz

17:00 Uhr: Zwinglistraße

19.00 Uhr: ehem. Staatsoperette

## Mittwoch, 20. September

17:30 Uhr Wasaplatz

## Dienstag, 19. September

14:00 Uhr Fetscherplatz

16:00Uhr Straßburger Platz

## Donnerstag, 21. September

20 Uhr Walpurgisstraße

## Freitag, 22. September

9:00 Uhr Lingnermarkt

14:00Uhr Bahnhof Mitte

# Bekanntmachung

mit Tilo Kießling

**Bekanntmachung:** So habe ich meine Veranstaltungsreihe quer durch den Wahlkreis 160 genannt. Einerseits können Sie mich dort kennenlernen, andererseits auch die politischen Ziele meiner Partei. Sicherlich: in einem Wahlkreis mit über 250.000 Einwohnern ist es nicht möglich, sich mit allen zu unterhalten. Aber möglichst viele sollen die Möglichkeit bekommen mir zu begegnen. Deshalb komme ich in ihre Nähe: Von Unkersdorf bis Grünberg, von Wachwitz bis Pieschen finden Sie hier Veranstaltungsangebote.

## Samstag, 2. September

10.00 Uhr: Niederauer Platz  
(im Park)11.15 Uhr: Tannenstraße  
(Rondell über dem Alaunpark)13.00 Uhr: Pappritz:  
Am Dorfteich14.00 Uhr: Gönnsdorf:  
Zaschengrund-Ring  
(Grünfläche am Gutsberg)15.30 Uhr: Weißer Hirsch:  
Rathauspark16.30 Uhr: Friedensblick  
(Collenbuschstraße)

## Sonntag, 3. September

10.00 Uhr: Rankestraße  
(Höhe Baudissinstraße)11.00 Uhr: Wilder Mann:  
An der Böschung (im Park)13.00 Uhr: Weixdorf:  
Rathausplatz14.30 Uhr: Hellerau:  
Grüne Ave  
(Nähe Ludwig-Kossuth-Straße)16.00 Uhr: am Sachsenbad  
(Grünfläche)17.15 Uhr: Haus der Begegnung  
(Großenhainer Straße 93, im Hof)

## Samstag, 9. September

13.00 Uhr: Medingen:  
Am Goldborn14.00 Uhr: Ottendorf-Okrilla:  
vor der Gemeindeverwaltung  
(Radeburger Straße 34)15.00 Uhr: Grünberg  
(Spielplatz Lausaer Straße)17.00 Uhr: Döbelner Straße  
(Spielplatz,  
auf Höhe Trachenberger Straße)18.00 Uhr: Aachener Straße  
(Spielplatz,  
auf Höhe Lichtenbergweg)

## Sonntag, 10. September

10.00 Uhr: Riegelplatz  
(Günfläche)11.00 Uhr: Meißner Landstraße  
(Brückenstraße)13.00 Uhr: Unkersdorf:  
An der Steinhübelsäule14.15 Uhr: Altdölzchen  
(Grünfläche)15.30 Uhr: Bonhoefferplatz  
(in Nähe der Haltestellen)17.00 Uhr: Am Brauhaus  
(vor dem ehemal. Kino)

## Samstag, 16. September

10.00 Uhr: Sierksplatz  
(Spielplatz)11.00 Uhr: an der Senfbüchse  
im „Dorf“ (Fidelio-F-Finke-Straße)13.00 Uhr: Pulsnitzer Straße  
(an der Martin-Luther-Kirche)14.00 Uhr: Königsbrückerstraße  
(zwischen Katharinenstraße  
und Bibliothek)15.00 Uhr: Bischofsplatz:  
im B-Park16.00 Uhr: Königsbrücker Platz  
(Grünfläche)

## Sonntag, 17. September

10.00 Uhr: Cotta:  
Grillparzerplatz11.00 Uhr: Gorbitzcenter  
(Einfahrt Ginsterstraße)13.00 Uhr: Omsewitzer Ring  
(Grünfläche vorm Lidl)14.30 Uhr: Hebbelstraße  
(Spielplatz in Nähe Hebbelplatz)15.30 Uhr: Thäterstraße  
(vor der alten Schule)

# Was ist zu tun?

Jetzt geht es in die heiße Phase des Wahlkampfes, in der die noch Unentschlossenen mobilisiert werden sollen.

von Jacqueline Muth

Am Freitag, 18.8. fand erfolgreich der Wahlkampfauftakt im Haus der Begegnung statt.

Gut gestärkt und ausgerüstet starteten noch in der gleichen Nacht etliche Teams, um ab Mitternacht die Dresdner Straßen mit Plakaten von DIE LINKE zu verschönern.

Außerdem wurden 60 Großflächenplakate in Dresden gestellt – hier gibt es die dringende Bitte an alle Mitglieder: Wenn Ihr Schäden an den Großflächen bemerkt, meldet sie bitte schnellstmöglich mit Standort und Zeitpunkt an die Wahlkampfzentrale!

Weitere Materialien sind zu verteilen, bitte meldet Euch wenn Ihr freie Valenzen habt. Jede Hand wird gebraucht!

## Material zur flächendeckenden Verteilung

Plakate – bis zur Wahl werden rund 9.500 Plakate vom Stadtverband in den beiden Dresdner Wahlkreisen gehängt. Achtet darauf, dass auf Euren täglichen Wegen die Plakate gut gehängt und unbeschädigt sind. Wenn dies nicht der Fall ist: meldet es der Zentrale!

Wahlzeitungen – 150.000 Wahlzeitungen wollen verteilt werden. Holt Euch die Laufzettel für Euer oder ein angrenzendes Wohngebiet und los geht's! Wer noch ein Team zum Verteilen sucht, kann sich in der Zentrale melden. Wer auch etwas weiter wegfahren würde, sollte dies dringend dazu sagen! Darüber freuen wir uns sehr!

Zusätzlich verfügen wir über Post-its (=Klebezettel), die nicht in, sondern an Briefkästen verteilt werden können. Darauf finden sich zwei Botschaften: „Jetzt schon Briefwahl!“ oder „Schade! Wir hätten sie gern informiert.“.

Nehmt Euch am besten gleich einen kleinen Block mit diesen Klebezetteln mit, wenn Ihr in den kommenden Tagen Wahlzeitungen abholt – an den Briefkästen mit „Bitte keine Wer-



bung einwerfen“ machen sich die feinen kleinen Dinger besonders gut. Und sie sind hundert Prozent „legal“.

## Material zur Verteilung an Infoständen

In der „heißen Wahlkampfphase“ (19.8. - 24.9.) sind Wahlstände in der Stadt mit einfacher Anmeldung erlaubt (Wahlwerbesetzung Stadt Dresden).

Wer im eigenen Gebiet einen Wahlkampfstand machen möchte, sollte sich dazu mit dem/der jeweiligen Ortsverbands-Vorsitzenden absprechen. Meldet Euch zwecks Anmeldung in der Zentrale. Bitte erstellt keine eigenen Materialien, es ist genügend vorhanden – es muss nur abgeholt werden.

Sucht Euch Ort und Zeit und möglichst weitere 1-3 Mitstreiter aus Eurem Ortsverband – und los geht's!

Das Infomaterial bekommt ihr in der Zentrale: Wahlprogramme in lang und kurz, in Braille (Blindschrift) und verschiedenen anderen Sprachen. Dazu Personenfolder der Spitzenkandidaten sowie verschiedene Kleinwerbemittel wie Brillenputztücher, Kulis, Lutscher, Brausepulver... Bitte meldet Euch frühzeitig an, damit wir Euch was zusam-

menstellen können. Bitte erstellt keine eigenen Materialien, es ist genügend vorhanden – es muss nur abgeholt werden.

Falls es an Tisch und Stühlen mangelt, können wir aushelfen und Aufsteller gibt es, solange der Vorrat reicht.

## Unterstützt Eure Dresdner DirektkandidatInnen!

Funktionsbedingt sehen die Kampagnen unserer beiden Direktkandidat\_innen ganz unterschiedlich aus.

Tilo Kießling setzt auf den direkten Kontakt mit potentiellen Wähler\_innen und startete bereits Anfang August mit seiner Wahlkreistour „BEKANNTMACHUNG“. An fast allen Wochenenden bereist er Wohngebiete, um sich dort in Kurzvorträgen interessierten Bürger\_innen vorzustellen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen.

Aufwändig aber wirkungsvoll ist dabei die Art der Ankündigung: Von den knapp 174.000 wurden 120.000 Haushalte in seinem Wahlkreis von Hand durch die Parteimitglieder beflyert. An diese Stelle möchte ich schon einmal all jenen danken, die beim Flyern in einem oder mehreren Einsätzen sehr fleißig bei der Verteilung geholfen haben!

Tilo hat außerdem mehrere Interview-Videos produziert und stellt fast täglich neue Texte auf seinem Wahlblog ein. Ihr könnt ihn unterstützen, indem ihr seine Beiträge online liket und verbreitet!

Ladet gern Tilo zu Euren Ständen oder auch zu Festen, Veranstaltungen etc ein. Wenn es sein Terminkalender erlaubt, kommt er gern.

Katja Kipping ist als eine der Spitzenkandidat\_innen und Bundesvorsitzende in mehreren Z-Veranstaltungen außerhalb Dresdens eingeplant. Daher konzentriert sie sich mit ihrem ENDSPURTWAHLKAMPF auf die letzte Woche vor dem Wahltermin. Sie wird dann täglich an mehreren Stationen im Wahlkreis präsent sein. Sie freut sich über tatkräftige Unterstützung vor Ort aber genauso auch, wenn ihr beim Verteilen ihrer Ankündigungsflyer in ausgewählten Wohngebieten helft. Bitte meldet Euch hierzu schnell in der Zentrale an und holt Euch Flyer ab.

## Wahlzentrale

Die Wahlzentrale ist Montag bis Freitag täglich besetzt und erreichbar für Rückfragen, Absprachen oder bei Problemen.

## Kontakt

Haus der Begegnung, Mo-Fr (9-15:00 und nach Absprache)  
fon 0351-84709805  
mail muth@dielinke-dresden.de

## WAHLPARTY 24.9. 17 Uhr

Gemeinsam fiebern wir dem Wahlergebnis entgegen, anschließend geselliger Ausklang.

Im Haus der Begegnung (Saal).

Auf einen guten und erfolgreichen Wahlkampf 2017!

Jacqueline Muth ist Wahlkampf-Koordinatorin für die BTW#17 im Stadtverband Dresden

Statt langer Wartezeiten und Anfahrtswege machen wir eine gute Gesundheitsversorgung für alle. Das ist bezahlbar, wenn alle beitragen: In unsere solidarische Gesundheitsversicherung zahlen alle ein und alle werden gleichermaßen gut versorgt – und wir senken die Beiträge auf unter 12 Prozent. Niemand muss mehr für Brillen oder Zahnersatz zuzahlen. Unternehmen und Beschäftigte zahlen wieder zu gleichen Teilen ein. Wir stellen 100 000 Pflegerinnen und Pfleger ein: Das ist gut für die Beschäftigten und gut für die Patientinnen und Patienten. Wir kämpfen um jedes Krankenhaus, das geschlossen oder privatisiert werden soll!



## 8. Wir sorgen dafür, dass Wohnen bezahlbar ist.

In vielen Städten sind die Mieten weiter gestiegen, immer mehr Menschen müssen ihre Nachbarschaft verlassen. Diese Verdrängung wollen wir stoppen. Die Mieten in angespannten Nachbarschaften werden eingefroren und gesenkt. Wir bauen mehr Wohnungen mit Sozialbindung, zusätzlich 250 000 im Jahr. Wir verbieten die Spekulation mit Wohnraum.

zur Verfügung. Wir möchten, wir wollen einen wirklichen politischen Wechsel und ein soziales Land.

Wenn Sie auch soziale Gerechtigkeit, mehr Demokratie, ein solidarisches Europa und eine friedliche Außenpolitik wollen, wählen Sie am 24. September DIE LINKE.

DIE LINKE führt ihren Wahlkampf als einzige Bundestagspartei unabhängig von Spenden großer Unternehmen und Banken.

Unterstützen Sie DIE LINKE mit einer Spende!

IBAN: DE38 1009 0000

5000 6000 00

BIC: BEVODE33

Kennwort:

Wahlkampfspende

oder unter

[www.die-linke.de/spenden](http://www.die-linke.de/spenden)

## 9. Mut zur Veränderung! Wir wollen die Europäische Union neu starten:

Statt Vorfahrt für die Unternehmen und Banken wollen wir, dass die Menschen an erster Stelle stehen. Wir wollen einen Aktionsplan gegen Erwerbslosigkeit in Europa und für soziale und ökologische Wirtschaft. Statt Freihandelsabkommen wie TTIP und TISA brauchen wir einen fairen Handel und wirksamen Klimaschutz. Wir machen die Europäische Union sozial, demokratisch und lebenswert für alle.

Frieden

Abrüsten!  
Waffenexporte  
stoppen  
DIE LINKE.

## 10. Wir stehen für den Frieden ein.

DIE LINKE hat immer fest gegen Krieg und Aufrüstung gestanden. Wir wollen die deutschen Soldaten aus dem Ausland abziehen. Die Regierung plant, die Ausgaben fürs Militär zu verdoppeln. Wir wollen abrüsten statt aufrüsten. Das Geld wollen wir konkret einsetzen, um Schulen zu sanieren, Kitas auszubauen und kostenfrei zu machen. Waffenexporte – besonders in Krisengebiete – heizen die Kriege an und zwingen viele Menschen in die Flucht. Wir wollen Waffenexporte verbieten.

## KURZ&amp;KNAPP

**Dr. Rainer Kempe ist neuer  
Vorsitzender der Volkssolidarität**

In der Mitgliederversammlung der Volkssolidarität Dresden im Juni 2017 wurde Dr. Rainer Kempe zum neuen Vorsitzenden gewählt. Wir gratulieren Rainer sehr herzlich und wünschen ihm viel Erfolg in seiner Arbeit!

**Mitglied für Seniorenbeirat  
des Stadtrats gesucht**

Als Vertreter für DIE LINKE im Seniorenbeirat suchen wir eine/n interessierte/n und engagierte/n Genossin/Genossen, die/der sich aktiv in der SeniorInnenarbeit einbringen möchte. Der Seniorenbeirat trifft sich vierteljährlich zu seinen Sitzungen im Rathaus und begleitet sachkundig und beratend alle Angelegenheiten der kommunalen SeniorInnenpolitik in der Arbeit des Oberbürgermeisters und des Stadtrates. Ziel ist insbesondere die Förderung der Mitwirkung von SeniorInnen und deren Interessenvertretung.

**Kontakt:**  
DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat  
Tel.: (0351)-488 2822  
Mail: linke-fraktion@dresden.de

**LINKE Fraktionsbüro**  
Rathaus, Zimmer 205, 1. Etage  
Dr.-Külz-Ring 19  
01067 Dresden

**LAG Bildung trifft sich  
wieder im Oktober**

Die vor einigen Monaten neu gegründete und sehr aktive Landesarbeitsgemeinschaft Bildung wird sich am 16. Oktober ab 19 Uhr im Fraktionsbüro, Zimmer 205 in der 1. Etage im Rathaus

## Lesetipp

## Linke Spurensuche

von Max Kretzschmar

Auf eine mittlerweile 25-Jährige Herausgeberschaft mit einer konstanten Auflage von 5.000 Exemplaren pro Ausgabe kann der Dresdner Geschichtsverein mit Stolz zurückblicken. Gerade erschienen ist Nummer 130 der „Dresdner Hefte“, die sich dem spannenden Thema der Spurensuche in 100 Jahren linke Geschichte begibt. In Dresden.

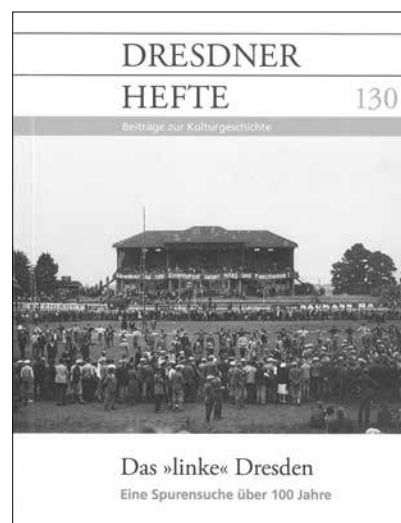
Augenfällig ist die Bandbreite dessen, wen die AutorInnen in ihren gut recherchierten Beiträgen als linke Akteurinnen und Akteure und in ihren Kontexten beschreiben. Drei dieser Beiträge sollen hier kurz vorgestellt werden. Josef Mazerath wirft interessante Schlaglichter auf die Biografien von Adligen, beginnend bei Wilhelm-Adolph Trützschler im Vormärz 1848. „Adel im Untergang“ war die brillante Erzählung von Ludwig Renn, dem wohl prominentesten Adligen in dieser Reihe. Interessant ist, so konstatiert Mazerath, dass keiner der Adligen aufgrund der weltanschaulichen Verortung als Linker aus der Sozialformation des Standes ausgegrenzt wurde, wichtig war stattdessen die persönliche Integrität.

Ein bisher kaum bearbeitetes Feld ist die Geschichte von Anarchistinnen und Anarchisten in Deutschland, umso lesenswerter ist der Beitrag über Mitglieder der FAUD (S), der Freien Arbeiter Union Deutschlands (Syndikalisten), die aus der Rätebewegung kommend mit gewerkschaftlich ungebundenen Arbeitern eine Massenorganisation etablie-

ren konnten. In Dresden war der Zulauf geringer, Anfang der 1920er Jahre stagnierte der Zulauf bei den Ortsgruppen in Dresden bei 400 Mitgliedern, vor allem aus der Metallindustrie. 1923 wurde das Verbot der FAUD durch den verhängten Ausnahmezustand im Jahr 1923 erklärt, was einen drastischen Mitgliederschwund zeitigte und zur Radikalisierung der verbliebenen Mitglieder führte, die wiederum das mangelnde revolutionäre Bewusstsein innerhalb der Arbeiterschaft beklagten. In den Folgejahren der Rezession in Deutschland wandten sich die Anarcho-Syndikalisten verstärkt Erwerbslosen zu und wurden in Mieter-Initiativen aktiv. Noch vor der Machtübernahme der Na-

zis verständigte man sich Ende 1932 auf dem letzten Kongress der FAUD über informelle Netzwerke für den Widerstand in der Illegalität. Der spanische Bürgerkrieg mobilisierte trotz der engmaschigen Gestapo-Verfolgung die Aktivitäten der Anarchisten, endgültig zerschlagen wurden die vereinigten Ortsgruppen in Dresden durch die Einschleusung eines V-Mannes der Gestapo, durch den 23 Anarchisten verhaftet und zu Zuchthausstrafen wegen Hochverrats verurteilt wurden.

Immer mit dem eher skeptischen Blick, die Geschichte der gesellschaftlichen Linken betrachtend, gelingt den Autoren und Autorinnen in schwierigen Kapiteln wie jenem des Verhältnisses von Staat und Kirche in der DDR, immer wieder auch die mit den linken Idealen auf Veränderung verbundenen Visionen nicht aus dem Fokus zu verlieren. Schließlich taucht im Beitrag von Grit Hanneforth, die sich mit einem gemeinsamen linken Selbstverständnis anhand des Umgangs mit dem 13. Februar auseinandersetzt, ein Fixpunkt in der Gegenwart auf: Hanneforth beschreibt die Proteste gegen die Neonazi-Aufmärsche als gemeinsamen Konsens linker Kräfte und wertet dies auch als ein Angekommensein der Linken in der Stadtgesellschaft und im Mainstream. Pegida stünde nun in der völkischen Tradition der Neonazi-Aufmärsche. Es bleibe abzuwarten, ob dieser Konsens der gesellschaftlichen Linken angesichts rechtspopulistischer Wahlerfolge eine solide Basis werden kann.



ISBN: 978-3-944019-19-2

## Postscriptum

**Ergänzungen zum Beitrag „Lasst meine Bilder nicht sterben“  
von Jürgen Stäbener in Ausgabe Sommer 2017, S. 9**

von Waldemar Peine

Der Veranstalter des Gedenksymposiums war nicht Waldemar Peine. Die Veranstalter waren der Stadtverband der VVN/BdA in Zusammenarbeit mit einer Plauener Bürgerinitiative.

Ich habe mich nicht mit den im Beitrag wiedergegebenen Worten über die von mir geschätzte Historikerin Frau Dr. Sack geäußert.

An unserem Gedenksymposium und der Kranzniederlegung nahmen mit Frau Ernestine Reeckmann, Tochter von Eva Schulze Knabe, Frau Dr. Sonja Koch, Tochter von Elfriede Hildebrand, Frau Helga Kretzschmar und Herr Wolfgang Wehner, Tochter und Sohn von Georg Wehner teil. Die Würdigung ihrer Eltern fand bei ihnen verständlicherweise Anerkennung.

Würdigung durch Anwesenheit, Würdigung durch das gesprochene Wort, durch Lieder von Eisler nach Texten von Becher und Brecht, Würdigung durch das Niederlegen von Blumen, so war unser Vorhaben und so ist es gelungen.

In den Dienst dieses Gedenkens stellten sich mit anregenden Beiträgen Frau Angela Hampel, Malerin und Grafikerin, Frau Marita Schieferde-



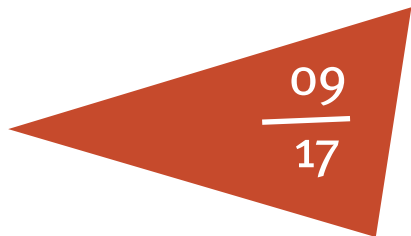
Waldemar Peine und Ernestine Reeckmann, Tochter von Eva Schultze-Knabe (Bildmitte)

cker-Adolph, Vorsitzende des Vereins „Stolpersteine“ Dresden, Frau Rotraut Näther, Vorsitzend des Ältestenrates unseres Stadtverbandes und Herr Dr. Eckhard Roth von der KPD.

Frau Dr. Sack, Leiterin der Gedenkstätte Münchner Platz fand mit Forschungser-

gebnissen zum Leben und politischen Handeln des kommunistischen Künstlerhepaares allgemeine Anerkennung.

Mit Bedacht leitete Thomas Grundmann, persönlicher Referent von Kulturbürgermeisterin Annetrin Klepsch, den Gedankenaustausch



# LINKE mahnt gemeinsame Verantwortung an

Die Diskussion um die Bettensteuer führt zu erheblichen Spannungen zwischen SPD und Grünen

von Thomas Feske

Dresden erhebt seit dem 1. Juli 2015 eine Beherbergungssteuer. In einer Erklärung des Tourismusverbandes Dresden e. V. vom 24. Oktober 2016 hatte sich die Mehrheit der Dresdner Hoteliers dafür ausgesprochen, die Höhe der Beherbergungssteuer zukünftig nach einem linearen Steuertarif zu ermitteln. Vor diesem Hintergrund hatte die Stadtverwaltung den Vorschlag eines einheitlichen Steuersatzes erarbeitet, einem 15tel des Übernachtungspreises – zur Abstimmung im Stadtrat am 17. August. Der Fraktion der Grünen waren diese 6,66 Prozent zu viel. Mit einem Änderungsantrag zur Vorlage der Stadtverwaltung wollten sie die Steuer auf 6 Prozent absenken – die Konsequenz: Ein Einnahmeausfall in Millionenhöhe, verbunden mit der Gefährdung der Finanzierung kultureller und sozialer Vorhaben.

Aus welchen Gründen DIE LINKE diese Senkung ablehnte, machte sie in der entsprechenden Stadtratssitzung im August mit zahlreichen Argumenten deutlich. Für Stadtrat Jens Matthis ist die Bettensteuer ein juristischer, finanzieller und politischer Erfolg von Rot-Grün-Rot, wie er in der Debatte veranschaulichte. „Im Unterschied zur zuvor präferierten Kurtaxe und auch entgegen allem, was prognostiziert wurde, hat diese Steuer alle juristischen Hürden genommen und wurde durch das Oberverwaltungsgericht bestätigt.“

*Finanzbürgermeister Dr. Peter Lames konnte Steuereinnahmen aus der Erhebung der Beherbergungssteuer in Höhe von 9,2 Millionen Euro für das Jahr 2016 verkünden. Dies ist auch ein politischer Erfolg: Keine Dresdnerin und kein Dresdner wird durch die Bettensteuer belastet. Vergleicht man die zehn größten Tourismus-Städte Deutschlands, „Magic Cities“ genannt, so liegt Dresden sehr stabil seit langer Zeit an der 7. Stelle, preislich noch günstiger als die Stadt Leipzig. Die Rahmenbedingungen für den Tourismus sind in Dresden also weit günstiger als in vielen anderen Städten.“*



Auch Touristen profitieren von zahlreichen Vergünstigungen und Vorteilen im Bereich der Kultur, dem Öffentlichen Nahverkehr und weiteren Leistungen, die aus der Dresdner Stadtkasse und damit durch alle Dresdnerinnen und Dresdner bezahlt werden. Die Beherbergungssteuer wurde eingeführt, um die Touristen an den Kosten für diese Leistungen und die vorhandene Infrastruktur zu beteiligen.

Diese Argumente ignorierend beschloss eine Mehrheit aus CDU, Grünen, FDP und AfD den Antrag der Grünen zur Senkung der Steuer. Die Debatte im Stadtrat wurde in der folgenden Berichterstattung dann durch einen Vorfall dominiert, der nach dieser Abstimmung erfolgte. In einer persönlichen Erklärung noch während der Sitzung freute sich SPD-Stadtrat Bösl über das Ende des „Kooperationstheaters“. Zudem ließen Äußerungen des SPD-Fraktionsvorsitzenden Christian Avenarius gegenüber den Medien Zweifel aufkommen, wie die SPD-Fraktion zur weiteren Zusammenarbeit mit Grünen und Linken steht. Stadträte von Grünen und SPD

sobten sich in den folgenden Tagen öffentlich die Schuld für die Eskalation im Stadtrat zu - sehr zur Freude der Medien, die mehrfach in großen Beiträgen über diese Situation berichteten.

Die Fraktion DIE LINKE sah sich in der Pflicht, zu vermitteln und für eine Verständigung zwischen den Streitparteien einzutreten. LINKE-Fraktionsvorsitzender André Schollbach und LINKE-Stadtvorsitzender Jens Matthis mahnten in einer Erklärung die gemeinsam übernommene Verantwortung an und beriefen den Kooperationsausschuss ein.

Nach intensiver Diskussion verabschiedeten die Kooperationspartner schließlich eine gemeinsame Erklärung (siehe Kasten). Zu groß sind die mit Rot-Grün-Rot verbundenen politischen Chancen auf eine sozial gerechte, demokratische Veränderung unserer Stadtgesellschaft, als dass man diese achtlos wegwerfen sollte. Dass diese Erkenntnis letztlich auch bei den Kooperationspartnern der LINKEN wachsen konnte, bedurfte allerdings einiger Anstrengungen.

## Gemeinsame Presseinformation

Am gestrigen Abend, dem 21. August 2017, ist der Kooperationsausschuss der Dresdner Stadtratskooperation von LINKEN, Bündnis 90/Grünen, SPD und Piraten im Rathaus zusammengetreten. Im Ergebnis erklären die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Treffens:

„Wir wollen den Fortbestand der Kooperation zwischen LINKEN, Bündnis90/Die Grünen, SPD und Piraten im Dresdner Stadtrat.“

Wir werden die beiden nächsten Jahre nutzen, um die vereinbarten Vorhaben dieser Kooperation zum Erfolg zu führen.

Zur Verbesserung unserer Zusammenarbeit werden wir für die aufgetretenen Probleme gemeinsame Lösungen suchen.

Außerdem wird im Oktober 2017 eine gemeinsame Sitzung der drei Fraktionen stattfinden.“

**Jens Matthis**, Vorsitzender Stadtverband DIE LINKE. Dresden  
**André Schollbach**, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE.

**Achim Wesjohann**, Vorsitzender Kreisverband Bündnis 90/ Die Grünen  
**Christiane Filius-Jehne**, Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
**Thomas Löser**, Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**Richard Kaniewski**, Vorsitzender SPD-Unterbezirk Dresden  
**Bettina Spies**, stellv. Vorsitzende SPD-Unterbezirk Dresden  
**Christian Avenarius**, Vorsitzender der SPD-Fraktion

**Martin Schulte-Wissermann**, Stadtrat Piraten Dresden

# (K)ein Klimawandel ...?

von Dr. Margot Gaitzsch

Zur Stadtratssitzung am 17. August hatte die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen eine aktuelle Stunde unter dem Thema: Starkregen - Hitze - Hochwasser, wie reagiert die Stadt auf den Klimawandel? benatragt.

Ein aktuelles wie provokantes Thema. Viel zu breit für eine aktuelle Stunde. Warum? Ich stelle diesem Thema aus LINKER Sicht drei Prämissen voran.

1. Klimawandel und Energiewende sind zwei Seiten einer Medaille. Die Energiewende ist nicht zum Nulltarif zu haben.
2. Die Energieressourcen sind endlich. Wir müssen verantwortungsbewusst mit dieser Situation umgehen.

3. Unser Ziel muss es sein, den Bedarf an Energie zu senken.

Starkregen, Hitze und Hochwasser sind Indizien für den Klimawandel. Wir dürfen ihn nicht darauf reduzieren. Beschäftigt man sich mit diesen Extremereignissen genauer, wird schnell deutlich, wie viele Themen der Stadtpolitik dahinter stehen. Ich möchte heute die Vielfalt dieser Themen und deren Verflechtung deutlich machen.

Da ist zum einen das Stadtklima und zum zweiten der Hochwasserschutz. Beim Stadtklima findet sich natürlich das Stadtgrün: die Stadtwälder (z. B. die Dresdner Heide oder der Elbhag), Parks (als größtes Gebiet der Große Garten), die Wohn-Innenhöfe und Kleingärten, die Straßenbäume, das Straßengrün und die Grünzüge. Eine besondere Bedeutung kommt den großen Einzelbäumen zu. Zum Thema Stadtklima gehören natürlich ebenfalls die Bebauung und der Straßenverkehr.

Die Bebauung: Der Ansatz der LINKEN sind kompakte Städte. Keine Aufblähungen und Zersiedlungen am Stadtrand. Dabei darf aber das Grün in der



Der ÖPNV ist gut ausgebaut in Dresden, bei den Radwegen hapert es noch

Stadt, welches zur Luftverbesserung und zur Temperaturstabilisierung beiträgt, sowie die Erhaltung von Frischluftschneisen niemals vergessen werden. Deshalb hat DIE LINKE gegen die Bebauung der Innenhöfe an der Grunaer Straße gestimmt. Ein Weiteres zur den Parks und den grünen Innenhöfen: Sie sind nicht nur die grünen Lungen der Stadt sondern bieten auch Möglichkeiten für soziale Kontakte, sind Orte der Erholung und leisten einen Beitrag zur Artenvielfalt (Bienen, Singvögel, Insekten). Auch wenn Dresden als grüne Stadt gilt (60 % der Stadtfäche ist grün) - wirkliche Grünzüge - also Verbindungen von Grünflächen in der Stadt - gibt es kaum noch. Wir sind in der Verantwortung diese wieder herzustellen. Und: Auch wenn bei Neuversiegelung von Flächen immer Ersatzflächen zur Verfügung gestellt werden - diese

liegen meist am Stadtrand und können die „Ersatz“funktion kaum erfüllen.

Der Straßenverkehr: Dresden hat einen gut funktionierenden ÖPNV. Das Radwegenetz ist noch löchrig. Aber mit dem Radverkehrskonzept und dem Radwegewinterdienst sind wir bei diesem Thema endlich auf einem guten Weg. Bleiben auf der Belastungsseite der

Individualverkehr und der Schwerlastverkehr. Nicht nur, dass häufig nur eine Person im Auto sitzt - hier belastet auch der stehende Verkehr durch Versiegelung von Flächen und Verseuchung des Bodens. DIE LINKE tritt konsequent gegen Parken im Landschaftsschutzgebiet (nahe Körnerplatz und Schillerplatz) ein. Der Schwerlastverkehr ist ein städtisches wie bundesweites Thema. Durch entsprechende Verkehrsleitung wird ein Teil des Schwerlastverkehrs um die Stadt geleitet. Der Prozess der Verlagerung des Güterverkehrs von der Schiene auf die Straße muss gestoppt und umgekehrt werden. Bleibt der Fernbusverkehr: Auch wenn es Wirtschaftlichkeits-Statistiken glauben machen wollen: Der Reisebus ist nicht besser als die Bahn, auch wenn die Tickets durch die bessere Auslastung pro Quadratmeter preiswerter sind. Die Belastung mit Feinstaub, CO2 und Stickoxiden bleibt, der Diesel hat noch keinen Umweltpreis und die Belastung der Straßen wird überhaupt außen vor gelassen. Aktuell bewegt die Gemüter der Bau eines Fernbusbahnhofes. Natürlich ist die Situation auf der Bayerischen Straße unbefriedigend. Aber müssen wir die Fernbusse unbedingt in die Stadt holen indem ein Busbahnhof in der Nähe des Hauptbahnhofs gebaut wird? Ich denke nein. Wenn schon Busbahnhof, dann am Flughafen. Von da gibt es mit der S-Bahn eine hervorragende Anbindung in die Innenstadt - an verschiedene zentrale Orte. *Fortsetzung zum Thema Hochwasser in der nächsten Ausgabe.*



Foto: Johannes Gerstenberg / pixello.de

Die Einrichtung von Solaranlagen auf kommunalen Dächern wird nun in Dresden unterstützt: Der Stadtrat beschloss den interfraktionellen Antrag von Rot-Grün-Rot

## Klimaschutzziele: Solardächer werden gefördert

Dresden ist seit einigen Jahren im Klimabündnis der Städte: Mit dem „Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept Dresden 2030“ hat sich die Stadt selbst Ziele zum Klimaschutz gesetzt. Deshalb soll nun der Ausbau der Photovoltaik zur Eigennutzung gefördert werden und durch Energie-Genossenschaften eine Kapitalaktivierung des realisierbaren Potentials erschlossen werden. DresdnerInnen, Unternehmen der Stadt Dresden und Investoren erhalten die Möglichkeit, selbst in die Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien wie Solarstrom und Solarwärme auf kommunalen Dächern zu investieren.

## Aus der Stadtratssitzung am 17. August 2017

» Die Uni-Schule kommt. Heute hat der Stadtrat ihre Gründung in kommunaler Trägerschaft beschlossen. Das bedeutet längeres gemeinsames Lernen - ein Meilenstein in der Dresdner Bildungslandschaft. Besser noch: die Uni-Schule soll in Kooperation mit der 102. Grundschule und der 101. Oberschule in der Johannstadt ihre Arbeit aufnehmen und den dortigen Schulstandort stärken. Für Rot-Grün-Rot sprach der Rektor der TU Dresden **Hans Müller-Steinhagen**: „Es geht ganz klar



### Uni-Schule

darum, dass wir dazu beitragen wollen, unsere Kinder besser zu unterstützen und zu fördern. Dresden würde sich damit an die Spitze der nationalen und wahrscheinlich auch internationalen Bildungsentwicklung setzen.“

Mit einem Newsletter informiert DIE LINKE. Fraktion gleich im Anschluss an die aktuelle Ratsitzung alle Interessenten per Mail über die wichtigsten Entscheidungen des Stadtrates:

[www.linke-fraktion-dresden.de/presse/newsletter](http://www.linke-fraktion-dresden.de/presse/newsletter)

» Der Erwerb der Villa Mary Wigman in der Bautzner Straße 107 wurde heute beschlossen. Zuvor hatte sich der Stadtrat mit rot-grün-roter Mehrheit für eine Nutzung des Gebäudes als Probenstätte der freien Szene in Tanz und Darstellender Kunst ausgesprochen, wie auch gegen eine Veräußerung an Dritte. Rot-Grün-Rot hat das Gebäude also für die Stadt gerettet, zuletzt aber stockte die Debatte um einen tatsächlichen Kauf. **Anja Apel**: „Seit vielen Jahren wird von allen Seiten bekundet,



### Mary Wigman

wie wichtig es ist, das Mary-Wigman-Haus zu erwerben und schrittweise zu sanieren. Ich freue mich, dass wir uns einigen konnten und dadurch dauerhaft eine Nutzung des Hauses als Probenstätte für die freie Szene für Tanz und Darstellende Kunst ermöglichen.“

# Hundesteuer: Pro und Kontra

von Manuela Sägner

Sie haben nur Katzen und keine Hunde? Dann können Sie getrost weiterblättern, denn warum es in Deutschland lediglich eine Hunde- und keine Katzen-, Hühner- oder Frettchensteuer gibt, kann ich auch nicht beantworten. Jedoch gilt für alle Tierhalter der § 1 des Tierschutzgesetzes. Wer ein Tier hält, betreut oder zu betreuen hat, muss es demnach mit Sachkenntnis art- und bedürfnisgerecht halten. Dazu gehören angemessene Ernährung und Pflege ebenso wie die verhaltensgerechte Unterbringung.

Doch zurück zu den gut 5,3 Mio. Hunden in Deutschland und damit zur Hundesteuer, die zu zahlen ist, wenn Hundehalter ihre Tiere zu nicht beruflichen Zwecken halten. Besitzer von Blindenhunden, Schutz- und Therapiehunden, Förster sowie Zoll und Polizei bleiben bei dieser Zwangsabgabe außen vor.

## „Luxussteuer“, die auf den Hund gekommen ist

Von einem Dresdner Scharfrichter vorgeschlagen und vor 221 Jahren in England und 207 Jahren in Preußen eingeführt, wird die Hundesteuer hierzulande von den jeweiligen Kommunen festgelegt und als zusätzliche Einnahmequelle zum Ausgleich kommunaler Haushalte erhoben. Ordnungspolitisches Teilziel dieser Besteuerung als kommunale Lenkungsabgabe ist es, die Zahl der Hunde, insbesondere der für „gefähr-



Foto: Sylvia Voigt / pixelio.de

lich“ eingestuften Hunde, im Stadt- oder Gemeindegebiet zu begrenzen.

Die Hundesteuer ist nicht zweckgebunden und kann als sogenannte „Luxussteuer“ gelten.

Nur wenige Gemeinden wie Eschborn/Hessen erheben diese Zwangsabgabe nicht.

In Dresden, wo 2016 immerhin 12.640 Hundehalter registriert waren, beträgt die Steuer aktuell 108 EUR für den ersten Hund und 144 EUR für jeden weiteren. Damit kommt die Landeshauptstadt jährlich auf gut 1,3 Mio. Euro Hundesteuer.

## Zweckbindung in der Diskussion

Wenn Kommunen auf diese Weise die Hand aufhalten, könnten sie die Hundesteuer auch zweckgebunden einsetzen. Was Kritiker seit Jahr und Tag fordern,

könnte in der Praxis so aussehen: Die Stadt könnte sich so um die Beseitigung der Hundehinterlassenschaften, das Auffüllen mit Beuteln in Hundetoiletten oder für die Einrichtung von Hundewiesen kümmern. Dennoch sollte man die Hundebesitzer und Gassi-Geher nicht aus der Pflicht entlassen: Hundehaufen sind Herrchensache – und sollten es auch bleiben. Schon aus ästhetischen und hygienischen Gründen bleibt dafür der Hundehalter verantwortlich. Anderenfalls drohen Bußgelder bis zu 1.000 EUR. Dies regelt bereits die Polizeiverordnung von Dresden.

Der Sinn einer kommunalen Lenkungsabgabe für einen ordnungspolitischen Zweck mag ebenfalls verständlich sein, denn nicht jede Person ist in der Lage, einen sogenannten „Kampfhund“ zu händeln. Dafür bedarf es einer besonderen Sachkenntnis, Befähigung und Erlaubnis. Andere Gemeinden nutzen für die ordnungspolitische Lenkung gestaffelte

Steuersätze. In Freital werden, z.B. für American Staffordshire Terrier, Bullterrier und Pitbull Terrier Steuern in Höhe von 480 bzw. 980 EUR für jeden weiteren „gefährlichen“ Hund fällig, während dort die reguläre Hundesteuer bei 60 EUR für den ersten Hund und 120 EUR für jeden weiteren liegt. Solche gestaffelten Steuern gibt es in Dresden nicht.

## Hundehaltung wirklich immer Luxus?

Wenn Oma Inge (83), seit Jahren Witwe, sich einen Hund anschafft, ihre etwas korpulente Nachbarin durch einen Hund gezwungen wird, regelmäßig aus dem Haus zu gehen, und das behinderte Kind von gegenüber mit dem Tier erst so richtig auflebt, dann stellt sich spätestens hier die Frage: Ist Hundehaltung wirklich immer Luxus? Ja und nein. Ja – man muss sich das Geld für Futter, Pflege und Tierarzt leisten können. Nein – Hunde sind treue Weggefährten, schaffen Sozialkontakte, ersetzen in gewisser Weise Angehörige und sind oft für sozial schwächere Menschen eine Stütze. Hunde, das ist erwiesen, halten ihre Besitzer am Laufen; sind also gesundheitsfördernd.

Last but not least könnten auch Tierheime durch den Wegfall der Hundesteuer entlastet werden. Vielleicht würden sich so eher Tierliebhaber finden, die einem Hund ein neues Zuhause geben.

## Selbsthilfegruppen in Dresden

# Die soziale Komponente - was die Medizin nicht leisten kann

von Uwe Schaarschmidt

Hört man das Wort Selbsthilfegruppe, so verbindet man es wohl meist mit den Anonymen Alkoholikern oder mit Gesprächskreisen, in denen sich übergewichtige Menschen über das Abnehmen austauschen. Beides ist auch nicht falsch - aber nur eben ein Bruchteil dessen, was Selbsthilfegruppen gesellschaftlich leisten. Per Eigendefinition sind Selbsthilfegruppen:

*„freiwillige meist lose Zusammenschlüsse von Menschen, deren Aktivitäten sich auf die gemeinsame Bewältigung von Krankheiten, psychischen oder sozialen Problemen richten, von denen sie - entweder selbst oder als Angehörige - betroffen sind.“*

Es geht also hier tatsächlich um die sozialpsychologische Komponente von Erkrankungen, Behinderungen und ihren Folgen, welche nicht selten Ausgrenzung und Vereinsamung bis hin zum völligen Rückzug vom gesellschaftlichen Leben sind.

82 registrierte Selbsthilfegruppen gibt es in der Landeshauptstadt Dresden, thematisch ist von Adipositas bis Zwangsstörungen so ziemlich alles dabei, was man sich unter schwer zu be-

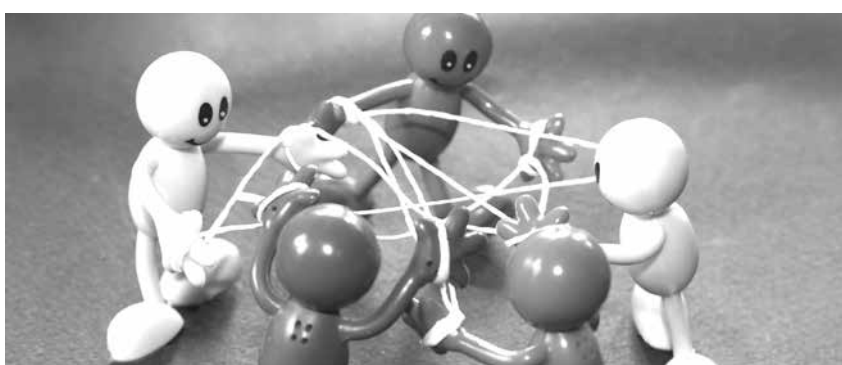


Foto: Stephanie Hofschlaeger / pixelio.de

wältigenden Problemen vorzustellen vermag. Seit Mitte 2017 vertrete ich den Dresdner Stadtrat als Mitglied im Förderkreis Selbsthilfe der Landeshauptstadt und habe mir in der Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen (KISS) auf der Ehrlichstraße einen Überblick verschafft, was die Selbsthilfegruppen, aber auch die nur drei Mitarbeiterinnen der beim Sozialamt angesiedelten Kontaktstelle leisten.

Diese befindet sich in einem Flügel des Elsa-Fenske-Pflegeheimes und verfügt neben dem Büro über zwei Treff- bzw. Seminarräume und eine Küche, welche den Dresdner Selbsthilfegruppen unentgeltlich zur Verfügung stehen. Natürlich können sich nicht alle Gruppen

dort treffen und aktiv sein, die meisten von ihnen verfügen über räumliche Möglichkeiten bei freien Trägern oder treffen sich in Privaträumen oder Gaststätten. Gefördert wird die ehrenamtliche Tätigkeit der Selbsthilfegruppen anteilig aus Mitteln des Freistaates, der Stadt Dresden und der Krankenkassen, wobei zu bemerken ist, dass die Höhe der Fördermittel eher bescheiden ist - im Durchschnitt etwa 300,- Euro jährlich. Da für die Überweisung von Fördermitteln immer ein Konto benötigt wird, ergibt sich ein Problem für viele der Selbsthilfegruppen, besonders für jene, die keine eigene Vereinsstruktur besitzen und gesonderte Privatkonten mit den entsprechenden Gebühren einrichten müssen. Jährliche Kontofüh-

rungsgebühren von bis zu 100,- Euro bei 300,- Euro Fördermitteln konterkarieren natürlich das ganze Anliegen erheblich

Um so wichtiger ist die Arbeit der Koordinationsstelle, welche die Gruppen bei Vernetzung, Beantragung von Fördermitteln und mit Informationsveranstaltungen unterstützt, sowie Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen organisiert, um über das Anliegen von Selbsthilfe und die Möglichkeiten vor Ort zu informieren.

Wer sich für die Arbeit der KISS und der Selbsthilfegruppen interessiert – oder auch selbst auf der Suche nach Hilfe und Unterstützung ist – sollte sich nicht scheuen, sich an die Kontaktstelle zu wenden - die überaus freundlichen Mitarbeiterinnen helfen gern weiter.

**Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen (KISS)**

Ehrlichstraße 3

01067 Dresden

Tel.: 0351 2061985

Mail: [kiss-dresden@t-online.de](mailto:kiss-dresden@t-online.de)

[www.dresden.de/selbsthilfe](http://www.dresden.de/selbsthilfe)

## KOLUMNE

ganz  
hinten  
links

von Jens Matthis

Mitunter kann man angesichts der vielen Baustellen in Dresden den Überblick verlieren. Neues soll gebaut werden oder auch nicht, Altes abgerissen oder auch nicht, längst Verschwundenes wiederaufgebaut werden und so weiter und so fort. Die Operette ist jetzt im Kraftwerk, eine Schule soll vielleicht in die Operette Noch nicht entschieden ist, ob eine Galerie in die Kantine kommt, eine Kantine im Rathaus gibt es schon lange nicht mehr.

Alle haben Wünsche und Vorlieben. Die Sozialdemokraten möchten das Narrenhäusel zurück. Doch eigentlich wollen sie doch lieber ein neues Rathaus mit Kantine. Aber das eine schließt doch das andere nicht aus, ganz im Gegenteil.

Die Grünen wollen keinen Fernbusbahnhof am Flughafen, sondern einen mitten in die Stadt - damit die Dresdner täglich die großen Busse vor den Augen und in der Nase haben und das Diesel-Feinstaub-Problem nicht in Vergessenheit gerät.

Die CDU würde am liebsten gar nichts bauen, jedenfalls nicht solange Rot-Grün-Rot regiert. Und wenn doch, dann nur durch privaten Investoren oder wenigstens vierspurige Straßen. Die Gesellschaft Historischer Neumarkt bemerkt, dass dieser Barocksandkasten erschöpft ist und fällt jetzt über den Neustädter Markt her. Die AfD wiederum besteht auf dem Wiederaufbau des Palais eines unehelichen Sohnes August des Starken - na da kann noch einiges auf uns zu kommen.

Aber wenigstens Liberale und Linke wollen in diesem Durcheinander den Überblick behalten — deshalb ein Turm.

Nicht etwa der am Rathaus, seit fast zwanzig Jahren fest verschlossen. Nein, der Fernsehturm muss es sein, nicht nur weil er höher ist und von oben die kommunalen Probleme viel kleiner aussehen, sondern auch weil er nicht der Stadt gehört und die Höhenflüge so nicht durch Haushaltszahlen begrenzt werden müssen. Die anderen gucken etwas skeptisch hoch zum Turm, sei es nun aus Bodenhaftung oder nur aus Höhenangst. Aber: DIE LINKE ist noch größtenwahnsinniger: Neue Wohnungen will sie. Viele! Bezahlbare! Und auch noch schnell! In Dresden! Das kommt vom besseren Überblick.

jens.matthis@dielinke-dresden.de

## Unterhaltsvorschuss

# Mehr Gerechtigkeit für alleinerziehende Familien?

von Pia Barkow

In diesem Jahr sind rückwirkend zum 01. Juli 2017 neue Regelungen im Unterhaltsgesetz in Kraft getreten: Zahlen Ex-Partner keinen Unterhalt für Kinder, werden die Leistungen durch die Kommunen übernommen. Doch das Gesetz hat Lücken.

In Familien, in denen beide Eltern mit den Kindern in einem Haushalt leben, kommen sie gemeinsam für die Fürsorge und finanzielle Absicherung der Kinder auf. Wenn sich die Eltern trennen, muss die Fürsorge und auch die finanzielle Verantwortung für die Kinder aufgeteilt werden. Leben die Kinder je zur Hälfte bei dem einen wie bei dem anderen Elternteil, teilen sich die Eltern die Fürsorge wie auch die finanzielle Verantwortung. Wenn jedoch die Kinder überwiegend bei nur einem Elternteil leben – was in den allermeisten Familien der Fall ist: zu ca. 93 % leben die Kinder nach einer Trennung bei den Müttern –, ist der andere Elternteil zur Zahlung von Unterhalt verpflichtet.

Die Höhe der Unterhaltszahlungen richtet sich nach dem Nettoeinkommen des zahlungspflichtigen Elternteils sowie nach dem Alter des Kindes, wobei in vier Altersgruppen unterschieden wird.

Der Mindestbetrag liegt bei 246 Euro monatlich für Kinder im Alter von 0 bis 5 Jahren, bei 297 Euro für Kinder von 6 bis 12 Jahren und bei 364 Euro für Kinder von 12 bis 17 Jahren und 335 Euro für Kinder ab 18 Jahren (sofern sie noch in der Ausbildung sind). Den Mindestunterhalt zahlen Elternteile mit einem Nettoeinkommen von bis zu 1500 Euro, bei höherem Einkommen sind entsprechend höhere Unterhaltszahlungen fällig. Dem unterhaltspflichtigen Elternteil muss natürlich auch selbst genug zur Absicherung des eigenen Existenzminimums übrig bleiben. Unterhalt kann demnach nur verlangt werden, wenn mindestens 880 Euro (Erwerbslose) bzw. 1080 Euro (Erwerbstätige) für sich selbst im Monat verbleiben.

Nun ist es jedoch leider keine Seltenheit, dass der unterhaltspflichtige Elternteil nicht oder nicht in voller Höhe zahlt. Die ausbleibende Zahlung stellt für die Alleinerziehenden eine enorme Schwierigkeit dar und ist mit ein Grund dafür, dass das Armutsrisiko von Alleinerziehenden besonders hoch ist.



Kinder, die von einem Elternteil, bei dem sie nicht leben, keinen oder keinen regelmäßigen Unterhalt bekommen, können Unterhaltsvorschuss erhalten.

Um diese Lücke auszugleichen, wurde 1980 das Unterhaltsvorschussgesetz eingeführt, zum Ausgleich für notwendige, faktisch aber nicht fließende Unterhaltszahlungen für minderjährige Kinder. Wenn also der zahlungspflichtige Elternteil nicht oder zu wenig zahlt oder aber den Mindestbetrag nicht zahlen kann, da er/ sie sonst selbst unter das Existenzminimum rutscht, springt der Staat ein, zahlt die Leistungen an die Alleinerziehenden aus und versucht das Geld beim zahlungspflichtigen Elternteil wieder zu erlangen (was bei etwa einem Fünftel der Fälle gelingt). Von den bundesweit 2,3 Millionen Kindern alleinerziehender Eltern haben 2015 ca. 440.000 Kinder entsprechende Unterhaltsleistungen in Anspruch genommen.

Leider weist das Gesetz eine ganze Reihe von erheblichen Mängeln auf. So bekommt ein Kind diesen Unterhaltsvorschuss nur bis zu seinem 13. Geburtstag und auch nur für maximal sechs Jahre. Beide Begrenzungen erscheinen vollkommen willkürlich und führen an der Lebensrealität der alleinerziehenden Familien völlig vorbei.

Nun sind zum 1. Juli 2017 einige ganz entscheidende Veränderungen an den Regelungen vorgenommen worden: Die Begrenzungen der Bezugsdauer auf sechs Jahre wird ebenso aufgehoben wie die Altersgrenze von 12 Jahren. Das ist für die Betroffenen Familien eine große Erleichterung. Jedoch gibt es auch bei dieser, zunächst erfreulichen Verbesserung einen großen Haken – der entscheidende Punkt beim

Unterhaltsvorschussgesetz wurde nicht angefasst: die Anrechnung der Unterhaltsvorschussleistungen auf Sozialleistungen. Für all diejenigen Familien, die Hartz IV beziehen, ändert sich unter dem Strich nichts. Denn die Unterhaltsleistungen werden nach wie vor auf die Hartz IV-Bezüge angerechnet, so dass das Haushaltseinkommen für die Familien am Ende das Gleiche bleiben wird.

Das bedeutet für nahezu die Hälfte der 13.000 Alleinerziehenden Familien in Dresden, dass sie keine Verbesserung spüren werden, da sie Hartz-IV beziehen. Oder umgekehrt: 87% der Kinder die Hartz-IV-Leistungen beziehen, haben auch Anspruch auf Unterhaltsvorschusszahlungen – leben also bei nur einem Elternteil. Das heißt Armut bei Kindern hängt ganz entscheidend davon ab, ob sie bei einem oder bei zwei Elternteilen leben.

Damit wird sich das grundlegende Problem nicht verändern: nämlich der Zusammenhang zwischen Armutsrisiko und der alleinigen Sorge für Kinder: in Deutschland ist das Armutsrisiko für Alleinerziehende nach der Gruppe von Erwerbslosen von allen Gruppen am größten. Da die Anrechnung von Unterhaltsvorschusszahlungen auf Sozialleistungen nicht aufgehoben wird, bleibt dieser Zusammenhang bestehen. Im Zuge der aktuellen Gesetzesänderung hätte die Chance bestanden, diese Ungerechtigkeit zu beseitigen, und damit ganz entscheidend gegen Kinderarmut vorzugehen – sie wurde aber leider vertan.

## Wechsel im Ortsbeirat Plauen



Stafettenwechsel mit Sekt (v.l.n.r.): Jürgen Stübener, Uwe Dolge, Anne Holowenko, Kristin Dänhardt, Gerold Wagner und Waldemar Peine  
Foto: privat

Anne Holowenko und Kristin Dänhardt werden für die Ortsbeiräte Uwe Dolge und Waldemar Peine vom Ortsverband Plauen als neue Ortsbeirätinnen vorgeschlagen. Der Stadtrat entscheidet in seiner nächsten Sitzung. Unsere Fraktion bedankt sich sehr herzlich bei Uwe Dolge und Waldemar Peine für ihre jahrelange fachkundige Arbeit im Ortsbeirat in Plauen!

### Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE  
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden  
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de

V.i.S.d.P. Thomas Feske  
Satz und Layout: Max Kretzschmar  
Mitarbeit an dieser Ausgabe:  
Thomas Feske, Manuela Sägener, Pia Barkow,  
Uwe Schaaarschmidt,  
André Schollbach  
Fotos: pixelio.de, privat  
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei





Foto: Wilfried Giesers / pixelio.de

## Reise nach Polen

von Florian Berndt

Vom 22. Juli bis 2. August waren wir mit vielen anderen Genoss\_innen der linksjugend [solid] Sachsen auf einer Bildungsreise in Polen, welche in Kooperation mit dem Ring politischer Jugend Sachsen stattfand. Erste Station unserer Reise war die Stadt Wrocław (Breslau). Dort nahmen wir an einer historischen Führung durch die Stadt teil, besonderes Augenmerk wurde hierbei auf die Rolle Wrocław im 2. Weltkrieg gelegt, anschließend hatten wir die Möglichkeit mit Genoss\_innen der neuen linken Partei Razem ins Gespräch zu kommen. Nächster Stopp war die Stadt Kraków (Krakau), welche besonders durch ihre romantische Altstadt und ihr jüdisches Viertel (Kazimierz) begeisterte. Besonders das Arbeiterviertel (Nowa Huta) blieb uns durch seinen Baustil im sozialistischen Klassizismus in Erinnerung.

Im extremen Gegensatz dazu stehen die Eindrücke, welche durch den Besuch der Gedenkstätte des Konzentrationslager Auschwitz, mit seinem Außenlager Auschwitz- Birkenau und dem dort stattgefundenen industrialisierten Massenmordes, des faschistischen Deutschland sammelten.

Auch in Kraków trafen wir uns mit dem dort ansässigen Ortsverband von Razem. Die Genoss\_innen sprachen mit uns über die aktuelle politische Lage in Polen und den Versuch der polnischen Regierung, durch eine Verfassungsrechtsänderung die Demokratie im Land immer weiter auszuhöhlen. Gemeinsam versuchten wir anschließend, Möglichkeiten und Ideen für eine starke linke Politik zu erörtern.

Die letzte Station unserer Reise war Polens Hauptstadt Warszawa (Warschau). Dort besuchten wir die örtliche linke Tageszeitung; Nach einer Führung durch die Redaktionsräume hatten wir die Möglichkeit mit Redakteur\_innen über tagesaktuelle politische Themen zu diskutieren.

Trotz der vielen bewegenden Momente hatten wir eine schöne und lehrreiche Fahrt, wir haben neue Freund\_innen und Genoss\_innen kennengelernt, sowie neues über die politische Lage in Polen erfahren.

## Solidarität kennt keine Grenzen

von Franziska Fehst

Diesen Sommer durfte ich als Teil der Delegation des Jugendverbandes zu unserem Schwesternverband der Syriza-Jugend nach Griechenland fliegen. Das jährliche Sommercamp des Verbandes fand auf der wunderschönen Halbinsel Peloponnes statt. Neben der linksjugend [solid] waren Vertreter\_innen von Podemos aus Spanien, der Sozialistischen Jugend Österreichs, der Young Labour aus Großbritannien und der Jonk Lènk aus Luxemburg anwesend.

Das Programm war sehr vielfältig und startete erst mal mit einem ganz besonderen Besuch: Der venezolanische Botschafter war bei uns und berichtete über die aktuelle Situation. Gleich am nächsten Abend hatten wir Besuch von verschiedenen Mitgliedern der Griechischen Regierung und des Parlamentes, unter anderem die Ministerin der Arbeit. In der Diskussion ging es vor allem um die weitere Arbeit bis zu den Wahlen aber auch um die Situation der Partei und des Jugendverbandes.



In weiteren Gesprächen durften wir uns mit dem Sekretär der Syriza Jugend und dem Verantwortlichen für Europäische Angelegenheiten von Syriza treffen. Innerhalb des Landes arbeiten sie daran, den Sozialstaat wieder herzustellen und die hohe Arbeitslosigkeit zu vermindern. Bei allen Gesprächen wurde allerdings deutlich, dass sich die Griech\_innen viel von der Wahl im Herbst versprechen. Werden wir

## Make Solidarity great again

von Franziska Fehst

Nur noch ein paar Wochen bis zur Wahl und so langsam kommen alle in die Hufe. Die linksjugend Sachsen fährt dieses Jahr ihren eigenen Wahlkampf, um ihren Jugendkandidaten Tilman Loos (Listenplatz 8) zu unterstützen. Dabei wird versucht auf verschiedenen Ebenen junge Menschen zu erreichen. Zum einen haben wir in Kooperation mit dem Ring Politischer Jugend verschiedene Podien mit Vertreter\_innen der anderen demokratischen Parteien an Schulen organisiert. Wir waren und sind auf verschiedenen Festivals in Sachsen vertreten und bieten neben Stickers, Bauchtaschen und leckerem Eiskaffee politische Gespräche an, was erstaunlich gut funktioniert.

In Dresden versuchen wir eher verschiedene Fähigkeiten der „älteren“ Linksjugendlichen weiterzugeben. So wird es dieses Jahr wieder mehrere Videos geben, in denen wir uns mit den



verschiedenen Wahlkampfthemen auseinandersetzen. Zudem planen wir verschiedene kleine Wahlstände, bei denen wir spontan mit unserem Material auftauchen können. Wenn ihr also Tipps für uns habt, wo im Stadtgebiet vermehrt junge Menschen sind, schreibt uns ruhig an! Auf einen erfolgreichen Wahlkampf!



Fotos: Linksjugend [solid] Sachsen

Gnadengesuche zum Tode wegen Spionage und Tätigkeit für eine verbotene Partei verurteilt und kurz darauf exekutiert. Ihm wurde vor kurzem ein kleines Museum in seinem damaligen Wohnhaus gewidmet. Besonders für unsere Gastgeber\_innen war dies ein sehr emotionaler Besuch, da über diesen Part der griechischen Geschichte oft geschwiegen wird. Das Highlight der Fahrt war definitiv der traditionelle griechische Abend, bei dem wir neben gutem Essen und Trinken von Livemusik begleitet das Tanzbein schwingen durften. Wir haben uns bei den verschiedenen Tänzen mehr oder weniger mit Ruhm bekleckert, aber unsere Versuche wurden gelobt.

Es war eine wunderbare Fahrt, die mir mal wieder gezeigt hat, wie wichtig der internationale Austausch ist, um gemeinsam an einem anderen Europa, einer anderen Zukunft zu arbeiten. Solidarität kennt keine Grenzen – vor allem nicht zwischen Genoss\_innen.

Merkel und Schäuble los? Wird es einen Regierungswechsel geben? Wie steht DIE LINKE zur Regierungsbeteiligung? Dabei haben wir versucht, die vielseitigen Meinungen im Jugendverband und der Partei wiederzugeben.

Als kulturellen Beitrag durften wir das Museum zu Ehren von Nikos Beloyannis besuchen. Er war Widerstandskämpfer und wurde 1952 trotz internationaler

Neues aus der Rosa Luxemburg Stiftung

# Film, Foto- und Collagewettbewerb

Das MÜNZENBERG FORUM BERLIN lobt auch dieses Jahr künstlerische Wettbewerbe in drei unterschiedlichen Kategorien, Fotografie, Film und Collage, aus und lädt alle Interessierten zur Teilnahme ein.

Die Wettbewerbe stehen unter der Überschrift: Was nützen Ihnen die Tatsachen? Wenn sie nicht wissen, was sie damit anfangen sollen!

Der Titel bezieht sich auf den Werbezettel einer Ausgabe aus dem Jahr 1924 der

von MALIK VERLAG herausgegebenen Zeitschrift `Der Gegner`, die durch die Zensur verboten wurde. In Zeiten in denen Fakten, Tatsachen und Zusammenhänge weggelassen, vertuscht, geleugnet, verfälscht, verkürzt oder durch Alternativen ersetzt werden, sieht das MÜNZENBERG FORUM BERLIN die besondere Aktualität der Arbeiten der genannten Protagonisten.

MÜNZENBERG FORUM BERLIN erwartet Einsendungen, die sich mit den jeweiligen Stilmitteln thematisch mit heutigen gesell-

schaftspolitische Entwicklungen auseinandersetzen. Für alle drei Wettbewerbe ist ein Preisgeld von jeweils 5.000 € angesetzt, dessen Verteilung eine Jury bestimmt. Einsendeschluss ist der 18. September.

Preisgekrönte und ausgewählte Werke präsentieren wir im November im Foyer des fmp1 in Berlin. Alle Modalitäten und rechtliche Hinweise sind zu finden unter:

[muenzenbergforum.de/wettbewerbe](http://muenzenbergforum.de/wettbewerbe)



Neu in der Bibliothek der Rosa Luxemburg Stiftung Dresden:

Johannes Schillo (Hrsg.): Zurück zum Original. Zur Aktualität der Marx'schen Theorie. Hamburg: VSA-Verlag 2015, 236 S.

Katja Kipping lädt ein

## Das rote Wohnzimmer

DIE LINKE.

www.katja-kipping.de

- Mo, 18. September**  
15 Uhr: Zscheritz, Haltestelle Räcknitzhöhe  
17 Uhr: Zwingistraße/Ecke Stübelallee  
19 Uhr: Leuben, ehemalige Staatsoperette
- Di, 19. September**  
14 Uhr: Fetscherplatz  
16 Uhr: Straßburger Platz (am Julius-Fučik-Denkmal)
- Mi, 20. September**  
17.30 Uhr: Wasaplatz
- Do, 21. September**  
20 Uhr: Haltestelle Walpurgisstraße (vor UFA-Palast)
- Fr, 22. September**  
9 Uhr: Lingnermarkt (Lennestraße)  
14 Uhr: Haltestelle Bahnhof Mitte

# CubaSi informiert

von Ursula Zierz

Aufgrund der herzlichen Einladung Ursulas fand unsere Sommerberatung in Struppen statt. Speis und Trank zu denen jeder von uns beitrug, aber vor allem die notwendige Zeit sich weiter miteinander und mit unserem neuen Mitglied bekanntzumachen, war vorhanden. Bei der Gelegenheit trugen wir Vorschläge zum „WIE und Weiter“ der Solidaritätsarbeit zusammen und machten uns bewusst, dass alle Aktivitäten vom Einzelnen abhängen.

Wir werden außer den Spendenaktionen für unsere Fahrrad- und Rollstuhlprojekte weiter werben. Die politische Informationsarbeit zu Kuba und seinem Wirken im Verein mit den verschiedenen Länderbündnissen Südamerikas und der Karibik (ALBA; CELAK und dem gemeinsamen MERCOSUR) beim Kampf gegen die Rollback- Aktionen der USA und ihrer aggressiven Changepolitik wird im Mittelpunkt von Veranstaltungen stehen.

Im Artikel 7 ging ich auf die radikalen Äußerungen von Trump, sowie die Einmischung des EU- Parlamentes in die inneren Angelegenheiten Kubas und die dazu ergangene Verurteilung in der „Entschließung der kubanischen Nationalversammlung“ ein.

Trump verschärfte seine Blockadepolitik, indem seine Regierung neue Einschränkungen für US- Bürger im Reiseverkehr nach Kuba durchsetzte. US Geschäftsleute äußerten sich besorgt. Andere kämpften durch ihren zivilen Unge-



Foto: Kerstin Sievers / pixelio.de

horsam in den USA seit 1992 gegen die Blockade. In diesem Jahr erfolgte vom 14.7.-4.8.2017 die 28. Freundschaftskarawane unter dem Titel „Pastors for Peace“ (P4P) durch die USA (über Mexiko) bis auf die sozialistische Insel. Sie wollen eine von Bürgerinnen und Bürgern bestimmte humane, soziale Außenpolitik und Diplomatie praktizieren. Die Beteiligten übertraten mit ihrer Reise ganz bewusst geltende US-Gesetze. Pater Luis Barrios von IFCO sagte, die Karawanen würden weiter durchgeführt bis ihr Ziel erreicht sei: Die US-Blockade gegen Kuba zu brechen, welche die Ideen des kubanischen Experiments von den Menschen in den USA isoliere.

Außerdem wurde ein weiteres Abkommen der Wirtschaftskooperation auf der Basis der Freundschaft und kommerziellen Zusammenarbeit zwischen der

Hafenbehörde Houston und Kuba abgeschlossen, was der Erleichterung und Förderung des Austauschs zwischen der Insel und den Vereinigten Staaten zur Entstehung neuer Geschäfte und der Förderung engerer Beziehungen vorsieht. Zuvor waren bereits Memoranden der Verständigung mit den Hafenbehörden von Virginia, Louisiana, Lake Charles, New Orleans, Alabama, Puerto del Golfo de Mississippi und Pascagoula unterzeichnet worden. Die Abkommen schließen Marktstudien, gemeinsame Marketingaktivitäten, Weiterbildung, Verbesserung von Serviceleistungen und technologischen Austausch ein. Kurz gesagt, es schließt den Transport von Reis, Bohnen, Hühnerfleisch und andere mit der Landwirtschaft verbundene Produkte ein. Kubas Vertreter wiesen darauf hin, dass das größte Hindernis für die bilate-

ralen und kommerziellen Beziehungen zwischen ihren Ländern die auferlegte Wirtschafts- und Finanzblockade ist.

Infos zur Bolivarianischen Republik Venezuelas

In einem Brief vom 30. Juli 2017 an die venezolanische Regierung beglückwünschte der Vorstand des NETZWERK CUBA die staatlichen Behörden und zivilgesellschaftlichen Organisationen Venezuelas für die erfolgreiche Durchführung der Wahl des Verfassungskonvents. Dass dies trotz der massiven und gewalttätigen Störungen der sogenannten Opposition geschafft werden konnte, sei ein historischer Erfolg und zeige, dass die Kräfte der Vernunft und des Friedens in Venezuela weiterhin die Mehrheit hätten.

Saludos solidarios!

Impressum  
Herausgeber: DIE LINKE. Dresden  
Großhainer Straße 93, 01127 Dresden,  
Tel.: 0351 8583801 Fax: 0351 8583802,  
[www.dielinke-dresden.de](http://www.dielinke-dresden.de)  
E-Mail: [Linksblatt@web.de](mailto:Linksblatt@web.de)  
V.i.S.d.P. Jens Matthis  
Satz und Layout: Max Kretzschmar  
Mitarbeiter an dieser Ausgabe: Uwe  
Schaarschmidt, Ursula Zierz, Dr. Margot  
Gaitzsch, Jens Matthis, Jacqueline Muth,  
Waldemar Peine, Florian Berndt, Franziska  
Fehst, Anja Klotzbücher, Jens Matthis  
Fotos: DIE LINKE, pixelio.de, Linksjugend  
[solid] Dresden  
Lautsitzer Rundschau Druckerei GmbH,  
Cottbus  
Auflage dieser Ausgabe: 6.000 Exemplare



# Sommertour durch Rheinland-Pfalz 2017

von Sarah Zürbig-Schwarzrock

Auch 2017 unternahmen die Spitzenkandidatin Katrin Werner und die Europaabgeordnete Dr. Cornelia Ernst wieder ihre traditionelle Sommertour durch Rheinland-Pfalz – diesmal in Kooperation mit der Linksjugend [solid] Rheinland-Pfalz. Sieben Tage, vom 9. bis 15. August, weilten sie in großen und kleinen Orten.

Sie nutzten die Tour, um sich einen Überblick über die Situation vor Ort zu verschaffen und mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. Im Mittelpunkt stand diesmal die Wohnungssituation, die von uns durch die „Miethai“-Aktion thematisiert wurde. Doch auch andere Themen wie der Pflegenotstand sowie Behindertenpolitik kamen nicht zu kurz.

Den Auftakt der diesjährigen Sommertour bildete Landau. Hier erwartete das Sommertour-Team bereits ein volles Programm beginnend mit einem Infostand im Herzen Landaus, an dem der „Miethai“ zum ersten Mal zum Einsatz kam. Gemeinsam mit dem Direktkandidaten Simon Bludovsky informierten die beiden Abgeordneten über faire Mieten und bezahlbaren Wohnraum für alle. Anschließend ging es „Auf einen Wein mit Katrin und Conny“ in die Landauer Unikneipe „Fatal“, zu dem vor allem junge Leute kamen, um sich über das Programm der LINKEN zu informieren. Am zweiten Tag ging es in Ludwigs-hafen gemeinsam mit dem Direktkandidaten Gerald Unger um die dramatische Lage des Wohnungsmarktes vor Ort. Die Tour endete am Abend bei angeregten Gesprächen mit dem Kreisverband in Koblenz.



Direktkandidatin Kati Penkert, MdB Katrin Werner und Europaabgeordnete Conny Ernst in Bitburg

Am dritten Tag machten die beiden Abgeordneten mit dem „Miethai“ Station in Koblenz. Auch hier forderten die Abgeordneten, die Linksjugend [‘solid] sowie der Direktkandidat Uli Lenz „Miethai zu Fischstäbchen“. Abends standen dann beim „Fest der Menschlichkeit und Vielfalt“ Toleranz für alle Lebensformen und eine offene Gesellschaft im Fokus. Angesichts einer anstehenden Veranstaltung der AfD in Koblenz fanden sich an diesem Abend, trotz regnerischem Wetters, zahlreiche Menschen zusammen, um ein starkes Zeichen gegen rechts zu setzen und zu zeigen, dass Koblenz bunt und offen bleibt. Diese Gelegenheit nutzte die Europaabgeordnete Cornelia Ernst und hielt auf der Bühne ein flammendes Plädoyer für Toleranz und Demokratie.

In Trier sorgten am folgenden Tag der „Miethai“ sowie frisches Popcorn und eine Foto-Ecke für regen Betrieb am Infostand. Im Anschluss folgte das po-

litische Grillen der DGB-Kreisverbände Eifelkreis Bitburg-Prüm und Bernkastel-Wittlich. Hier wurde in lockerer Atmosphäre mit den Direktkandidaten über ihre Arbeit und politische Forderungen diskutiert. Abends ließen die Abgeordneten auf dem Sommerfest des SCHMIT-Z, des queeren Kultur- und Infocenters für Schwule, Lesben, Bi-, Trans-, und Intersexuelle sowie für alle interessierte Heterosexuelle, den arbeitsreichen Tag ausklingen.

Am fünften Tag wurde Station in Bitburg gemacht. Hier moderierte Cornelia Ernst ein Street Interview mitten in der Fußgängerzone Bitburgs und stellte so die Direktkandidatin Kati Penkert und das Wahlprogramm der LINKEN vor. Bei strahlendem Sonnenschein konnten sich am sechsten Tag in Neuwied alle interessierten Bürgerinnen und Bürger über das Programm und die Ziele der LINKEN informieren. Abends lud der Kreisverband Neuwied zu einer Podi-

umsdiskussion über Gesundheit, Pflege und Inklusion mit der behindertenpolitischen Sprecherin der Linksfraktion, Katrin Werner, und dem Gründer der Initiative „Pflegekräfte in Not“ Stefan Heyde. Sehr offen diskutierten hier die Gäste und Teilnehmer über eigene schockierende Erfahrungen mit dem maroden Gesundheitssystem.

Siebte und letzte Station der Sommertour war Mainz. Diesmal waren Katrin Werner und Cornelia Ernst zu Gast beim Kreisverband der Landeshauptstadt. Auch hier gab es einen Infostand mit dem „Miethai“. Mit dabei waren Partei und Linksjugend [‘solid].

Nach diesen spannenden und anregenden Tagen geht es für die Abgeordneten weiter. Auch wenn der „Miethai“ wieder eingepackt und die Infostände abgebaut sind: DIE LINKE. bleibt am Ball.

## Diskussionen zwischen Gemüse und Blumen

von Anja Klotzbücher



Foto: Anja Klotzbücher

Zwischen erstaunt-fragenden und begeistert-motivierenden Gesichtern bewege ich mich, wenn ich mit Menschen über meine Projektidee spreche. Egal ob noch vor zwei Jahren oder diesen Sommer, wenn es endlich los ging, die Idee ist gewagt. Denn mein Wahlkreisbüro soll ein Garten am Elbufer sein, das passende Grundstück wurde letzte Jahr gefunden und über den Winter alle nötigen Gespräche geführt

und Verträge unterzeichnet. So begann es in diesem Frühjahr mit der ersten Begehung, den ersten Planungen und dann auch mit den ersten Spatenstichen. Viele Helfer\*innen kamen täglich zum Garten um das Projekt aufleben und blühen zu lassen, denn dieser Ort wird mehr als nur mein Wahlkreisbüro.

Seit Beginn meines Mandats hatte ich die Vorstellung im Kopf, aus dem alten

Muster von Wahlkreisarbeit irgendwie rauszukommen. Natürlich sind Räume enorm wichtig für politische Gruppen. Das gilt von der Basisorganisation der Partei, über die Linksjugend bis hin zu linken Gruppen, die Anti-TTIP Proteste planen, sie alle brauchen einen Ort um sich zu treffen. Meist ist dieser Ort ein größerer Raum in einem Büro mit ein paar Plakaten an der Wand, wenigen Fenstern und in manchen Fällen etwas

verqualmt. Doch kann so etwas nicht zwischen Hochbeeten, Hängematten und Gießkannen stattfinden? Für mich war die Antwort klar: ja, kann es. Einen Garten als Raum der Erholung und der Ruhe gibt es überall, mein Team und ich wollten einen dieser Räume politisieren und so entwickelten wir in einem längeren Prozess ein Konzept für einen Garten der zwei Dinge verbinden soll: er soll ein Wahlkreisbüro sowie ein Ort zum chillen und zum diskutieren werden.

Die ersten Plena fanden nun im August statt, meine erste Veranstaltungen werden auch bald kommen. Ich bin davon überzeugt, wir haben in Dresden eine schöne Idee zu einem guten Projekt reifen lassen.